Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrags- und Postgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 116. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 20. Mai 1926

Regierungserklärung durch Reichskanzler Dr. Marx.

Das neue Kabinett im Reichstag.

In der zweiten Mittwochsitzung des Reichstages stand die Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung als einziger Punkt auf der Tagesordnung. Präsident Löbe erteilt sofort dem Reichskanzler Dr. Marx das Wort, der folgende Erklärung verliest:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, setzt sich mit Ausnahme des Kanzlers aus denselben Männern zusammen wie das Kabinett Luther. Reichskanzler Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Über drei Jahre hat er seine ganze außergewöhnliche Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister und seit Januar 1925 als Reichskanzler hat er bei außerordentlichen bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Entwicklung der Geschichte behalten; Merksteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner richtunggebenden Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Wegs weitergeführt haben. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle wärmste Anerkennung der aufopfernden, selbstlosen und unermüdlichen Tätigkeit des Reichskanzlers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, mit der Meinung weiter Kreise dieses Hohen Hauses übereinzustimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb darf ich mich auf wenige Worte beschränken. Das Kabinett wird die

bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen.

Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarnoverträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundrates an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten. Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Es ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Festigung Europas dienen sollen. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hierfür besteht, wird der Vertrag angesichts seiner Bedeutung demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Schwere wirtschaftliche Not,

die sich insbesondere in der langdauernden und außergewöhnlich umfangreichen Arbeitslosigkeit äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschafts- und Berufskreise eingehe, so soll das nicht eine Geringschätzung darstellen. Wir werden ihnen bis an die Grenze des möglichen entgegenzukommen stets bestrebt bleiben. Zwei Fragen allerdings erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstags gefaßten Beschluß hin, der das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zur

Flaggenfrage

begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zum lebendigen Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und dass durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai dieses Jahres, deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum

Volksentscheid

ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem den Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser in voriger Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches und unter gleichzeitiger Achtung der Rechte der Länder zu schützen. Nur in engstem verständnisvollem Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen.

Die Erklärung wurde in ihrem ersten Teil von den Abgeordneten ohne besondere Kundgebungen aufgenommen. Bei den Dankesworten an den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther kam aus den Reihen der Deutschen Volkspartei lebhafter Beifall. Mit lauten Hört, hört!-Rufen der Kommunisten wurde die Erklärung aufgenommen, daß die Flaggenverordnung unverändert bestehenbleibt. Am Schluß der Erklärung kamen Beifallsrufe aus den Reihen der Regierungsparteien.

*

Aussprache zur Regierungserklärung

(205. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Mai.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung nahm als erster Redner das Wort Abg. Müller-Franken (Soz.). Er führte aus: Dr. Luther sei zweifellos eine starke Persönlichkeit gewesen. Wenn er dennoch gescheitert sei, so hätte es daran gelegen, daß er die notwendige Fühlung mit dem Parlament nicht aufrechterhalten habe. Für alle guten Patrioten sei es erfreulich, daß die Flaggenfrage, die Frage des Symbols des Reiches, das ganze Volk so stark erregt habe. Bei der Bildung des neuen Kabinetts seien die Parteiführer nicht gefragt worden. Eine Mehrheit für die Regierung werde solange unmöglich sein, wie die Deutsche Volkspartei trotz aller platonischen Liebeserklärungen für die Große Koalition immer nur den Anschluß nach rechts suche. Seine Partei sei durchaus einverstanden mit der Erklärung, daß die Regierung die bewährte Linie der Außenpolitik weiter einhalten wolle. Sie wünsche den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch im Interesse einer schnelleren Durchführung der Rückwirkungen im besetzten Gebiet. (Abg. Graf Reventlow, völk., machte verschiedene Zwischenrufe, die der Redner zurückwies. Als der Graf darauf „Lüge" rief erhielt er einen Ordnungsruf.) In der Flaggenfrage könnten die Sozialdemokraten sich nicht mit der Ankündigung des Ausschusses begnügen, der unter Hinzuziehung aller möglichen Verbände und von Historikern und Heraldikern Normung und Typisierung der Flaggen vornehmen wolle. Die Sozialdemokratische Partei würde einen Initiativentwurf einbringen, der bestimmt, wie geflaggt werden solle. Die Gerüchte von einem Linksputsch seien lächerlich und würden nur verbreitet, um den Rechtsputschisten das Handwerk zu erleichtern. Für die Kommunisten sei die Zeit der Putsche vorbei, weil ihre revolutionäre Kampfkraft gebrochen sei. Die Putschvorbereitungen bei der Rechten seien durchaus ernst zu nehmen. Seine Freunde müßten vor allem von der Reichsregierung Aufklärung darüber verlangen, ob tatsächlich eine Verbindung zwischen

Reichswehrstellen

und rechtsputschistischen Verbänden bestände. Mit dem Bekenntnis der Regierungserklärung zur Weimarer Verfassung sei die Sozialdemokratie selbstverständlich einverstanden. Sie würde Mißtrauensanträge gegen die Regierung ablehnen und die Regierung unterstützen, solange sie eine Politik verfolge, die mit dem Gedanken der Völkerverständigung und mit dem allgemeinen Wohl vereinbar sei.

Die Rekrutierung der Reichswehr.

Reichsinnenminister Dr. Külz

gibt auf die Bemerkungen des Vorredners über die angeblichen Beziehungen der Reichswehr folgende Erklärung ab: Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im Preußischen Landtag soll zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden haben. In einem Teil der Presse ist das so dargestellt worden, als ob zwischen der Reichswehr und dem Nationalverband sowie den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und der Reichswehr Verbindungen nicht bestehen. Verbindung mit politischen Verbänden ist streng verboten; wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten. — Weiter soll ein Major von Zedlitz-Wartenberg bei der Reichswehr angestellt und für Berlin Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr sein. Einen Major von Zedlitz-Wartenberg gibt es bei der Reichswehr nicht.

Es wird behauptet, daß vor Einstellung in die Truppe das Vorlegen von Mitgliederbüchern von bestimmten politischen Verbänden verlangt worden sei. Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß in vereinzelten Fällen vor Einstellung von jungen Leuten in die Reichswehr von den betreffenden Truppenteilen bei Oberst v. Luck angefragt worden ist (Hört, hört! bei den Kommunisten), ob der Betreffende sich in jeder Beziehung für die Reichswehr eigne. Oberst v. Luck war als Führer der Olympia bekannt. Die Olympia ist ein Verband im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes. Die Anfrage bei Oberst v. Luck war unzulässig und verstößt gegen die bestehenden Vorschriften. Im Interesse der Disziplin wird in diesen Fällen rücksichtslos eingeschritten werden.

Schließlich ist noch der Aufmarsch des Sportvereins Olympia am 1. Mai in die Erörterung gezogen worden, bei dem der Presse nahegelegt worden sei, die Anwesenheit der Reichswehroffiziere nicht zu erwähnen. Von der Reichswehr ist eine derartige Aufforderung an die Presse nicht ergangen. Wohl aber ist ausdrücklich nochmals ein Verbot der Teilnahme ergangen. Eine Teilnahme von Reichswehroffizieren ist nicht erfolgt. Im übrigen wird das Reichswehrministerium, falls ihm das Material unterbreitet wird, gründliche Untersuchung der Fälle eintreten lassen.

Der deutschnationale Führer Graf Westarp

erklärt: Das neue Kabinett zeigt alle Kennzeichen eines provisorischen Minderheitskabinetts, das auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist und den Übergang bilden will zu einer Regierung, der auch die Sozialdemokraten angehören. An der Regierungserklärung war das Wichtigste, was verschwiegen wurde. Wir hörten kein Wort über die Gefahren der

bolschewistisch-revolutionären Bewegung,

über den unerhörten revolutionären Skandal des Potemkin-Films. In der Außenpolitik muß festgestellt werden, daß die Dr. Luther in Genf gegebenen Zusagen nicht gehalten worden sind. In Genf war zugesagt worden, daß die Rückwirkungen im besetzten Gebiet so in Kraft treten sollten, als wenn Deutschland schon im Völkerbund wäre. Davon ist aber nichts zu spüren. Wir können eine Regierungspolitik nicht unterstützen, die den sozialdemokratischen Forderungen nach besitzfeindlichen Steuern entgegenkommt. Wir verlangen vielmehr eine Entlastung der Produktion. In der Flaggenfrage entspricht die Regierungserklärung im allgemeinen unserer Auffassung. Wir erwarten auch, daß die Regierung ihren früheren Erklärungen entsprechend beim Volksentscheid sich gegen den Fürstenraub wenden wird. Andererseits können wir eine Regierungspolitik, die auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist, nicht unterstützen. In den Fällen, wo die Sozialdemokraten sich der Regierung versagten, dürfen sie nicht damit rechnen, daß seine Partei helfend einspringe. Die Mittelparteien, besonders das Zentrum, müßten endlich einsehen, daß nur ohne und gegen die Sozialdemokraten, nicht aber gegen die Deutschnationalen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte regiert und dem Vaterlande vorwärtsgeholfen werden könne.

Abg. v. Guérard (Ztr.) verlas eine kurze Erklärung, in der die Zentrumsfraktion der neuen Regierung ihre Unterstützung zusagt und ihr das Vertrauen ausspricht.

Erklärungen der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Scholz (D.-Vp.) gab eine ebenso kurze Vertrauenserklärung der Deutschen Volkspartei für die Regierung ab mit besonderer Betonung der Willenserklärung der Regierung zur Durchführung der Flaggenverordnung.

Abg. Schneller (Komm.) sagte dem neuen Kabinett den gleichen Kampf an, den die Kommunisten gegen das bisherige Kabinett Luther geführt hätten.

Demokratische Stellungnahme.

Abg. Haas (Dem.) erklärte, daß die demokratische Fraktion die Erklärung des Reichskanzlers als eine geeignete Grundlage zur Fortführung der Geschäfte betrachte und der Regierung deshalb ihr Vertrauen ausspricht. Sie sei zwar überzeugt, daß der Erlaß der Flaggenverordnung das Ansehen des Reiches schädige und den Streitstoff im Volke vermehre, sie hoffe aber, daß die Verhandlungen über die Schaffung einer deutschen Einheitsflagge Erfolg hätten.

Von den Kommunisten ist inzwischen folgender Mißtrauensantrag eingegangen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) erkannte die Verdienste des früheren Kanzlers Dr. Luther an und sprach der neuen Regierung als der Fortsetzung der früheren das Vertrauen der Bayerischen Volkspartei aus.

Abg. v. Gräfe (Völk.) begründete seinen Antrag, der der Regierung aus Gründen der Innen- und Außenpolitik das Mißtrauen ausspricht. Damit schloß die Aussprache.

Billigungsvotum und Vertagung.

Ein Antrag der Kommunisten auf namentliche Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde nur von den Kommunisten und Völkischen, also nicht ausreichend unterstützt.

In einfacher Abstimmung wurde darauf der Antrag des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen: „Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über." Gegen den Antrag stimmten die Völkischen und die Kommunisten, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. — Darauf vertagte sich der Reichstag auf den 7. Juni d. Js.

*

1,5 Millionen für das Volksbegehren.

Vor der Regierungserklärung stand die zweite Beratung eines Nachtrags-Etats für 1925 auf der Tagesordnung. Darin sind u. a. 1½ Millionen eingestellt für die Kosten der Durchführung des Volksbegehrens.

Abg. Reubauer (Komm.) machte dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold den Vorwurf, daß er früher die Finanzlage zu ungünstig geschildert habe. Der Überschuß von 200 Millionen beweise dies. Dieser Überschuß sei herausgewirtschaftet worden durch die ungenügende Unterstützung der Erwerbslosen und der Sozialrentner. Dafür habe man die Besitzsteuern gesenkt und die Schwerindustrie subventioniert.

Ohne weitere Aussprache wurde der Nachtragsetat nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF